

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 8 (1928-1929)  
**Heft:** 7

**Artikel:** Einige Erwägungen zum landwirtschaftlichen Problem  
**Autor:** Marbach, Fritz  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-329967>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 04.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

in einer ganz andern Richtung: inwiefern es ihm nach Seipelschem Muster gelingt, die Freisinnige Partei und Politik zu zersetzen und sein Ziel einer national-bürgerlichen Politik unter katholisch-konservativer Führung zu verwirklichen. Die Sozialdemokratie wird diese Bestrebungen verfolgen und im übrigen ihren geraden Weg weiter marschieren, in der Gewißheit, daß auch die ausgeklügelteste Politik ihrer Gegner den logischen Gang der Geschichte weder zu unterbrechen noch aufzuheben vermag.

---

## Einige Erwägungen zum landwirtschaftlichen Problem.

Von Dr. Fritz Marbach, Bern.

Der Titel dieses Aufsatzes zwingt zu einer einleitenden Erklärung: Wenn man zu irgendeinem Problem Stellung nimmt, wird man gewöhnlich versuchen, das Einzelproblem hineinzustellen in einen dieses Einzelproblem determinierenden, allseitig zu betrachtenden und mit Zahlen zu unterlegenden *Problemkomplex*. Man bekommt zufolge dieser Methode einen erweiterten Ueberblick über das in Frage stehende Gebiet und persönlich die Genugtuung, etwas Ganzes dargestellt zu haben. Die Methode ist trotz der Mängel, die ihr anhaften können, im allgemeinen die gerechtfertigte. Ohne ihre Anwendung läuft man Gefahr, wichtige Gesichtspunkte zu verlieren. Und doch möchten wir für diesen Aufsatz die eben erwähnte Methode nicht benutzen. Aus folgenden Gründen: Das landwirtschaftliche Problem ist eines der umfassendsten der Wirtschaft, und wenn es nicht überhaupt das umfassendste ist, dann ist es zum mindesten das komplizierteste. Immer dann, wenn versucht wird, im beschränkten Rahmen eines Aufsatzes umfassende Ueberblicke über die landwirtschaftliche Frage zu geben, tritt neben das Positive einer solchen Darstellung das Negative der Nichtberücksichtigung der außerordentlichen Komplikationen oder das Unhaltbare der Koordinierung wesentlich sehr verschiedener und daher in der Bedeutung nicht gleichwertiger Erscheinungen. Es dürfte deshalb gerechtfertigt sein, einmal einen Aufsatz zu schreiben, der sich auf die Analyse einiger agrarwirtschaftlicher und agrarpolitischer Zentralgedanken beschränkt.

Immer mehr wird die schweizerische Sozialdemokratie gezwungen, zu agrarwirtschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen. Besonders die letzten Hilfsaktionen des Bundes und der Kantone zwangen sie dazu, nachdem schon die Fragen des Getreiderechtes das Landwirtschaftsproblem zur Aktualität gemacht

hatten. Politisch hat dann die Bauern demonstration die Partei zu vermehrter Beachtung der Agrarwirtschaft angeregt. Im allgemeinen scheint uns, daß die schweizerische Sozialdemokratie das agrarwirtschaftliche Problem bis dahin insofern etwas lehrhaft behandelt hat, als die landwirtschaftliche Krise *in erster Linie* auf Fehlerquellen der bäuerlichen Agrarpolitik zurückgeführt wurde. Das hat dann dazu geführt, daß der Landwirtschaft zur Krisenbehebung Ratschläge erteilt wurden, die an sich sicher nicht falsch sind, die aber deshalb nicht genügen können, weil das Agrarproblem weniger nationalen als *kapitalistisch bedingten internationalen Ausmaßes ist*. Nun wird es kaum zu bestreiten sein, daß die bisherige bürgerliche Agrarpolitik sehr viele Fehler begangen hat. Sie hat namentlich *einen* Fehler begangen, den der Mißachtung des internationalen Ausmaßes der landwirtschaftlichen Krisis. Wenn wir uns aber darauf beschränken, der Landwirtschaft namentlich betriebs- und organisationstechnische Ratschläge zu erteilen, so laufen wir Gefahr, in die Richtungsfehler der Landwirtschaft selber zu verfallen, die die international-kapitalistische Determinierung der Krise nicht genügend beachtet und zufolge dieser ungenügenden Diagnose zu einer symptomatischen Lokalbehandlung der Krankheit gerät, statt zu einer Behandlung der tiefer liegenden Krankheitsherde. Die Landwirte werden sich zudem mit etwelchem Recht sagen, daß wir betriebstechnisch zu wenig geschult seien, um hier die nötigen Richtlinien geben zu können. Das heißt nun nicht, daß wir darauf verzichten sollen, zu sagen, was uns am bäuerlichen Wirtschaften richtig oder unrichtig erscheint, denn sicher können gerade «Außenstehende» oft auf Fehler aufmerksam machen, die der «Innenstehende» übersieht, weil sein Denken an alte Bahnen gewöhnt ist, weil ihm Handlungen, die ursprünglich auf gedankliche Ueberlegung aufgebaut waren, zum automatischen Akt werden können und so psychologisch eine den weltwirtschaftlichen Fortschritten angemessene Neuüberlegung verhindern. Niemand auf unserer Seite möchte wohl so wertvolle Vorschläge, wie sie etwa die Motion Nobs enthält, vermissen oder darauf verzichten wollen, auf Dinge aufmerksam zu machen, die als agrarpolitische oder agrarwirtschaftliche Mängel erscheinen. Aber uns scheint, daß sich die sozialdemokratische Kritik stets bewußt sein muß, daß *vor* allen Detailfragen drei Hauptfragen zur Abklärung drängen: *Inwieweit ist die schweizerische landwirtschaftliche Krisis weltbedingt? Warum ist sie weltbedingt? Helfen irgendwelche Maßnahmen auf die Dauer, solange jene Barriere nicht gebaut wird, die verhindern soll, daß sich Preis- oder Rationalisierungsnutzen der Landwirtschaft in höhern Güterpreisen auswirken und so den vorläufigen Nutzen der einzelnen auf die Dauer verrenten zum Schaden der Nachfolgenden und der Konsumenten?*

Es ist ein Verdienst der «Gewerkschaftlichen Rundschau», in ihren letzten Landwirtschaftsheften die landwirtschaftliche Frage neuerdings unter diesem Gesichtswinkel zur Diskussion gestellt zu haben. Wenn hier von der landwirtschaftlichen Krise die Rede ist, so bedarf das wieder einer Abklärung. Die politische Landwirtschaftsvertretung und die landwirtschaftliche Presse reden im allgemeinen von einer Notlage der Landwirtschaft. Diese letztere Ausdrucksweise erscheint unrichtig, hingegen dürfte sich der Ausdruck «landwirtschaftliche Krise» rechtfertigen. Eine *Notlage* besteht *partiell*, nicht allgemein. *Allgemein* aber besteht eine *Krise*. Von dieser Krise sind alle oder doch die meisten landwirtschaftlichen Betriebe betroffen, was aber keineswegs ausschließt, daß einzelne von der Krise betroffene Betriebe anständigen Nutzen abwerfen. Es ist wie bei einer industriellen Krise auch: Der Markt ist gedrückt, alle oder fast alle spüren den Druck, aber einige vertragen ihn gut, andere weniger gut und andere überhaupt nicht. Die Hilfsmaßnahmen, die von Bund und Kantonen jetzt unternommen werden, und die meisten Vorschläge, die die Sozialdemokratie in dieser Hinsicht bis dahin gemacht hat, gehen in der Richtung der Bekämpfung der *Notlage*, das heißt in der Richtung der *partiellen Hilfe*. Sie können nicht die allgemeine Krise betreffen, weil diese *weltbedingt* ist. Das geht schon daraus hervor, daß ähnliche Klagen über schlechte Rendite der Landwirtschaft in fast allen Ländern zu hören sind. Die Bauerndemonstrationen von Alba Julia (Rumänien), die Klagen der amerikanischen Farmer bestätigen das. Es ist zweifellos, daß es den amerikanischen Farmern nicht so gut geht wie der amerikanischen Industrie. Die allgemeine Erkenntnis dieser Tatsache wird nur deshalb erschwert, weil die Verhältnisse etwas undurchsichtig sind, das heißt, weil die Krisenstärke auf den einzelnen Produktionsgebieten wechselt. Einmal sind die Baumwollpflanzer, einmal mehr die Maisbauern, einmal die Weizenproduzenten die Meistklagenden, je nach Ernte- und Weltmarktverhältnissen und je nach den Valorisationsmaßnahmen der Regierung auf den einzelnen Gebieten. In Deutschland gibt es eine Agrarkrise, trotzdem sich in der Inflationszeit der Bauer vorübergehend entschulden konnte. In Dänemark wurde die Krise zum ersten Staatsproblem. In Serbien ist die Kroatenfrage mit der landwirtschaftlichen Krise eng verbunden. In mehreren Staaten soll, wenn Zeitungsmeldungen richtig sind, der Erlös aus Anleihen des schwedischen Zündholztrusts teilweise zur landwirtschaftlichen Kredithilfe Verwendung finden. Die russische Agrarnot ist bekannt, und wenn hier auch ganz besondere Komplikationen vorherrschen, so läßt sich doch die dortige Landwirtschaftskrise nicht total von den allgemeinen Weltkrisenursachen trennen. Ueber Frankreich berichtete Dr. Kaysenbrecht auf der Wirt-

schaftskonferenz der europäischen Wirtschaftsunion in Paris (Oktober 1928): «Die französische Landwirtschaft arbeitet unter den günstigsten klimatischen und pedologischen Bedingungen Europas. Es hat aufnahmefähige und durch ein gutes Verkehrsnetz verbundene Märkte. Die Landwirtschaft steht bezüglich der steuerlichen Belastung günstiger da als in andern Ländern. Sie erhielt seit 1920 zu einem Zinsfuß von 2 Prozent eine Kredithilfe, die am 1. Dezember 1926 763 Millionen Franken betrug (französische Franken). Trotzdem ist hier die Agrarnot gleich hoch wie in andern Ländern Europas.» Mit kurzen Worten: An dem Weltausmaß der landwirtschaftlichen Krise ist nicht zu zweifeln. Warum ist diese Krise weltbedingt? Die Antwort geht aus dem Krisencharakter hervor: Allgemeine *Absatzschwierigkeiten*. (Die Klage ungenügender Preise ist nur eine Umschreibung.) Diese Absatzschwierigkeiten hängen zusammen mit dem, was so oft schon als Weltarmut bezeichnet worden ist. Diese Armut besteht aber im Grunde in nichts anderem als in der *Unterentlohnung der Arbeiterschaft*. Das will nicht sagen, daß allgemein die Entlohnung der Arbeiterschaft unter Vorkriegsniveau steht, real. Vielerorts ist sie es. Und dort, wo sie es nicht ist, wie beispielsweise in der Schweiz und in den U. S. A., steht die Arbeiterschaft doch *sozial* unter der Vorkriegsentlohnung, das heißt, gemessen am gesamten Sozialprodukt dieser Länder ist der Lohn geringer. Mit andern Worten: Die Entlohnung der Arbeiterschaft genügt nicht, um im vorkriegsprozentualen Ausmaß alle die Produkte aufzunehmen, die produziert werden (geschweige denn die Produkte, die produziert werden *könnten*). Die Produktion ist stärker gewachsen als die Kaufkraft der Arbeiter, welche jetzt einen kleinern Prozentsatz der totalen Produktion kaufen können als vor dem Kriege. Da die schweizerische Landwirtschaft zu einem guten Teil auf Export angewiesen ist, so wirkt sich auch die Unterkonsumtionsfähigkeit der Arbeiterschaft ausländischer Staaten auf sie aus. Es entsteht dann z. B. infolge ungenügenden Absatzes von Milchprodukten der milchverarbeitenden Industrien eine Milchschwemme in der Schweiz mit all ihren Krisenerscheinungen. Statt nun den Fehler in diesen kapitalistisch-weltwirtschaftlichen Verumständen zu sehen, messen jetzt die Landwirte aller Länder ihren Einkommensindex mit demjenigen der Arbeiterschaft und verfallen, ungeachtet der absoluten Differenzen der Vorkriegseinkommenshöhe, der fixen Idee, es gehe den Arbeitern eigentlich zu gut, glauben, daß die Arbeiterschaft das wegnehme, was ihnen zugute käme. Verwurzelt in der bürgerlichen Ideologie und namentlich beeinflusst durch eine konservativ-industrielle Presse, entgeht einem Teil der Landwirtschaft jene Einkommensverschiebung zwischen Kapital und Arbeit, ohne deren Kenntnis die meisten weltwirtschaftlichen Probleme

heute viel verwirrter scheinen, als sie es tatsächlich sind. (Daß diese Einkommensverschiebung in sich den Keim trägt, einen Teil der Einkommen des Kapitals selber *auf die Dauer* zu gefährden — Krisenwirkung infolge Auseinanderklaffens der Konsumtions- und Produktionskapazität —, gehört in ein eigenes Kapitel.) Die erwähnte «fixe Idee» eines Teils auch der schweizerischen Landwirtschaft ist, *psychologisch gesehen*, entschuldbar, weil die Erkenntnis sich nur sehr langsam ausbreitet, die erklärt, daß eine nur reale Lohnbetrachtung zum mindesten theoretisch überwunden ist, daß der Lohn in Beziehung gesetzt werden muß zum National- (Sozial) Produkt. Dieses Gebiet berühren z. B. die Ausführungen Baades in der «Gewerkschaftlichen Rundschau», wenn er darlegt, daß die heutige Landwirtschaftskrise sehr zu Unrecht mit den Agrarkrisen voriger Jahrhunderte verglichen werde. Soweit die Ursachen für die gegenwärtigen landwirtschaftlichen Schwierigkeiten überhaupt bei der Preisbildung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse liegen, «beruhen sie nicht auf einer allgemeinen Weltüberproduktion wie damals, sondern *in der zu geringen Konsumkraft der europäischen Industriebevölkerung . . .*». Es mag übrigens interessieren, daß eine auf landwirtschaftlichem Gebiet autoritäre Kraft wie Prof. Oppenheimer sich in kürzlich erfolgten Publikationen in ähnlichen Gedankengängen bewegt. — Im Maße, wie es uns gelingt, die Landwirtschaft von der Richtigkeit der dynamischen an Stelle der statischen Lohnbetrachtungsweise zu überzeugen, in diesem Maße müssen die Aussichten wachsen, die die Landwirtschaft zu einer richtigen Krisenbeurteilung führen und zugleich zu einer andern Einstellung gegenüber der gewerkschaftlichen Lohnpolitik. Nicht daß wir der Ansicht der Utopisten oder alten englischen Fabier wären, es genüge, die Welt von der Richtigkeit einer Idee zu überzeugen, um diese auch in die Wirklichkeit umgesetzt zu sehen, durchaus nicht, da spielen Interessenverquickungen und Machtverhältnisse eine Rolle, die das Problem wesentlich komplizieren. Aber nach und nach wird doch ein bedeutender Teil der Landwirte einsehen lernen, daß der Entwicklung der Gesellschaft die Entwicklung alt eingessener Anschauungen folgen muß, denn eine chronische Krise zwingt zu Ueberlegungen. Möglicherweise ist übrigens diese gedankliche Entwicklung weiter geschritten, als wir anzunehmen geneigt sind. Die letzten für die Bauern erfolgreichen Wahlen sind z. B. im Kanton Bern mit ganz andern ideellen Mitteln gemacht worden als früher. Ein großer Teil der landwirtschaftlichen Wähler hat die Landwirtschaftsliste eingelegt in der Ueberzeugung, damit einem rücksichtslosen kapitalistischen Ertragsstreben Abbruch zu tun. Der Kampf mag äußerlich gegen die Sozialdemokratie geführt worden sein, die Seele, aus der die Begeisterung floß, dachte an übersetzte Bank-

und Monopolgewinne. Vorerst ist allerdings noch zu erwarten, daß ein Teil der Landwirtschaft den eben entwickelten Theorien die Ansicht gegenüberstellt, daß eine Zunahme der realen und sozialen Kaufkraft der Arbeiter und der Salärbezüger sich auf landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht auswirken würde. Es ist ja unstreitbar auf dem Lande die Ansicht noch recht verbreitet, daß der Arbeiter eigentlich gar nicht wisse, wohin mit dem Lohn, daß er namentlich einen Hang zu Luxuskonsumtion im weitesten Sinne des Wortes aufweise, daß, mit andern Worten, das Lichtspieltheater eine Lohnbesserung weit eher spüren würde als der Milchmann oder die Gemüsefrau. Aber gerade diese (man möchte sagen tragisch unrichtige) Auffassung zwingt uns, die wahren Zusammenhänge mit vermehrtem Eifer aufzudecken. Uebrigens schon aus einem Grunde des Selbstschutzes, damit in der Zeit landwirtschaftlicher Hilfsaktionen nicht etwa die Meinung entsteht, daß in proletarischen Bevölkerungsschichten weniger Not vorhanden sei als in notleidenden Schichten der Landwirtschaft. Eine solche Ansicht führt zu tragischen Mißverständnissen und schadet letzten Endes den Bauern *und* den Arbeitern. Es kann nämlich keinem Zweifel unterliegen, daß *eine materielle Besserstellung der Arbeiterschaft sich in erster Linie auf dem Markt der landwirtschaftlichen Produkte bemerkbar machen müßte*, damit den notleidenden und nicht notleidenden Landwirten und indirekt auch dem Handwerk zugute kommen würde. Das ist eine Behauptung, die so positiv ist, daß man sie nur aufstellen kann, wenn man sie nicht nur gefühlsmäßig beweisen kann. Bei gutem Willen wäre sie auch offiziell statistisch unterlegbar. Ein kleiner statistischer Versuch, der allerdings nur Stichprobencharakter hat, aber an sich unbedingt beweiskräftig ist, sei hier unternommen:

Vor uns liegen die Anmeldeformulare von Schülern einer städtischen Mittelschulklasse für die Schülerzwischenverpflegung. Die Klasse zählt 28 Schüler. Davon werden 11 Schüler zwischenverpflegt, weil soviel wirklich zusätzlicher Nahrung bedürftig sind. Die Eltern müssen, wenn Verpflegung erwünscht, zwecks Ermöglichung der Auswahl der Bedürftigsten eine Karte ausfüllen, worauf es heißt: Die Zuteilung zur Speisung ist den Eltern erwünscht. Kurze Begründung. — Ferner sind Kinderzahl und Beruf des Vaters anzugeben. Die Begründungen sind die folgenden. (Der Beruf des Vaters ist aus Discretionsgründen weggelassen. Es handelt sich durchwegs um Arbeiter und Angestellte mit Ausnahme von drei Kleinhandwerkern oder arbeitslosen Fachleuten.)

1. Weil der Knabe ohrenleidend ist und daher schwächlich.
2. Mon mari ne gagne pas beaucoup et a grande charge de famille.

3. Weil der Vater vier Jahre fast ganz blind war und jetzt mit der Sehkraft eines Auges (zweimal zerschnittenen Auges) arbeiten muß.

4. Die Mutter ist seit zwei Jahren krank (spitalversorgt). Führe mit dem Knaben eigenen Haushalt, nur fehlt mir hie und da die Zeit zur Zubereitung der Hauptmahlzeiten.

5. 23. Besoldungsklasse.

6. Vollständige Mittellosigkeit und nahezu keinerlei Einkommen.

7. Keine Begründung, weil zufolge großer Armut keine verlangt.

8. Weiter Schulweg sowie geringer Verdienst der Eltern.

9. Die Arbeit des Vaters geht im Winter sehr schlecht. Es würde mich sehr freuen. Besten Dank zum voraus.

10. Vater stellenlos.

11. Ungenügendes Einkommen, um allen Anforderungen gerecht zu werden.

Zu diesen Begründungen ist zu bemerken, daß sie im allgemeinen noch beschönigend sind. So zum Beispiel Fall 1. Bei Fall 3 ist zu sagen, daß der Vater aus kleinem Angestellten-einkommen für die kranke Frau zahlen muß und für ein versorgtes Kind. Nur mit dem Restbetrag können Vater und Sohn wohnen, sich kleiden und essen. Fall 6. Hier mußte der Knabe wegen Unterernährungserscheinungen zur Kur geschickt werden. Fall 8. Familie von vier Personen mit wenig über 3000 Franken Einkommen.

In einem Teil dieser Familien wird viel weniger Milch konsumiert, als wünschbar wäre. Das gleiche gilt für Butter und Käse. In bezug auf den Fleischkonsum hat eine Befragung ergeben, daß einige der Kinder nur *ganz selten* ein Stücklein Fleisch zur Mahlzeit erhalten. Wenn Fleisch auf den Tisch kommt, so langt es — wie frühere Untersuchungen ergaben — sehr oft nur für den schwer arbeitenden Vater. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die elf hier erwähnten Familien (11 auf 28!) eine Lohnerhöhung des Vaters oder der mitverdienenden Mutter schon den Kindern zuliebe *auf dem Lebensmittelmarkt umsetzen würden*, denn das darf vielleicht beigefügt werden, in keinem der erwähnten Fälle spielen Alkohol oder unsolider Lebenswandel eine Rolle. Es handelt sich in jedem Fall um das, was man etwa unter dem Sammelnamen «sehr brave Leute» zusammenfaßt. Wir sind überzeugt, daß dann, wenn die Sozialstatistik sich auf jene Gebiete zu wagen beginnt, von denen wir soeben eines stichprobenweise betreten haben, der Beweis bald einmal erbracht ist, daß die Lohnerhöhungen der Arbeiter sich auf dem Lebensmittelmarkt in erster und auf dem Vergnügungsmarkt in letzter Linie bemerkbar machen. Damit dürfte unterstrichen sein, «daß nicht eine gegen

den Verbraucher gerichtete Politik der Landwirtschaft helfen kann, sondern eine ehrliche Verständigung zwischen der schaffenden Landbevölkerung und den Verbrauchern von Lebensmitteln». (Baade.)

Nun glauben wir aber, daß selbst die vornehmsten und wirkungsvollsten Maßnahmen zur landwirtschaftlichen Absatz-erweiterung *auf die Dauer* die Krise nicht bannen, wenn der jeweilige landwirtschaftliche Nutzen kompensiert wird durch eine Steigerung der Güterpreise, das heißt durch eine weitere Verrentung der bäuerlichen Wirtschaft. Irgendwie muß die Barriere errichtet werden, *die die Kapitalisation erreichten Nutzungszuwachses und kapitalistische Realisation des Nutzens bei Handänderung der Güter abdrosselt*. Findet diese Abdrosselung nicht statt, dann steigt die Verschuldung der Landwirtschaft in ihrer Summe, dann führt die Krisenbekämpfung schlußendlich nur zu Differentialgewinnen und dauernder Hörigkeit eines Teiles der Landwirtschaft. Die Lösung zu suchen, wird eines der dringendsten Probleme kommender Wirtschaftspolitik sein. Die Lösung wird außerordentlich erschwert, weil der auf einem Heimwesen angesiedelte Landwirt gleich nach Kauf der Liegenschaft am Steigen der Güterpreise interessiert wird, da er begreiflicherweise in erster Linie sein Privatinteresse und erst in zweiter Linie das *Dauer*interesse der Landwirtschaft beachtet. Im Augenblick der Verschreibung macht der Käufer eine Metamorphose durch. Er wird vom Interessenten tiefer zum Interessenten hoher Güterpreise, weil ein durchschnittliches Steigen der Gestehungskosten der landwirtschaftlichen Produkte (zufolge größerer Kapitalbelastung der neuen Käufer) dem früheren Käufer — via Produkten-Preisbildung — einen differentiellen Nutzen verspricht, solange die Preisbildung stark von unrationell belasteten Betrieben beeinflußt wird. Im Moment wird nicht daran gedacht, daß irgendwo jene Grenze erreicht wird, da die Preisbelastung zu Konsumtionsabstinenz und damit schlußendlich zu landwirtschaftlichen Krisenerscheinungen führt. Es mag falsch oder richtig gedacht sein, aber jeder, der gekauft hat, findet zudem einen Trost darin, annehmen zu können, daß er bei allfälligem Verkauf gewinnen wird. Dabei denkt der einzelne vorerst wenig darüber nach, was er nach dem Verkauf anfangen will, daß er wieder teurer kaufen muß, oder daß durch die Güterpreissteigerung die landwirtschaftliche Nachkommenschaft mehr belastet wird. An diese Umstände ist auch zu denken, wenn Krediterleichterungen für die Landwirtschaft geschaffen werden. So wie die Dinge jetzt liegen, werden sich eben auch Krediterleichterungen letzten Endes in höhern Güterpreisen auswirken, wenigstens solange ein Güterhunger zu befriedigen ist. Wo jetzt bei 5 Prozent mit 20 multipliziert wird, da wird eben

bei 4 Prozent eine Multiplikation mit der Zahl 25 vorgenommen. Wer bei 5 Prozent Zinsfuß 4000 Fr. pro Jahr Zinsbelastung zu ertragen gewillt ist, wird für ein Gut bis 80,000 Fr. zahlen können. Der gleiche Käufer wird aber auf 100,000 Fr. gehen, wenn ein Zinsfuß von 4 Prozent die zu tragen gewillte Zinslast auf 4000 Fr. p. a. beläßt. Grundsätzlich ist für Handänderungsfälle, die ja einmal eintreten, nichts geändert, als daß eine *Zinsfußbelastung* in eine *Kapitalhöhebelastung* konvertiert wurde. Der jetzt belasteten Generation wäre allerdings teilweise geholfen, so wie durch eine Notaktion einzelnen geholfen werden kann. Hierin liegt der Grund, warum die Arbeiterschaft der Landwirtschaft die Solidarität hielt. Die Sozialdemokratie ist der Meinung gewesen, daß, wo wirkliche Not herrscht, geholfen werden soll. Die Befürwortung der landwirtschaftlichen Nothilfe seitens der Sozialdemokratischen Partei ist mehr gewesen als eine Geste. Sie war ein Akt werktätiger Solidarität. Aber gerade weil sie das war, weil sie mehr war als eine mechanische oder unwillige Subventionsbefürwortung, steht der Partei das Recht zu — nach außen — und die Pflicht — nach innen —, klar zu sagen, daß die *Notmaßnahmen* keine *Krisenmaßnahmen* waren, daß die Milderung größter Not das Problem der dauerhaften Krisenbekämpfung noch in keiner Weise gelöst hat. Aus dieser Ueberlegung heraus entspringt auch die Berechtigung, die großen Hoffnungen, die an die Krediterleichterungen (Pfandbrief u. a.) geknüpft werden, kritisch zu prüfen. Natürlich wird auf unserer Seite alles begrüßt, was zu einer Verminderung bäuerlicher Zinshörigkeit führen kann. *Aber über die Gefahr dessen, was wir soeben als Konvertierung der Zinsfußlasten in Kapitalhöhebelastung zu bezeichnen wagten, läßt sich nicht hinwegblicken*, sobald man nicht nur die jetzt Wirtschaftenden, sondern auch die künftigen Käufer oder Erben in Betracht zieht, das heißt sobald man der Gegenwartsbetrachtung eine Zukunftsbetrachtung an die Seite stellt, sobald man die Wirtschaft auf lange und nicht nur auf kurze Sicht beurteilt. Man wird sich namentlich fragen müssen, ob im bestehenden Gesellschaftssystem schon Möglichkeiten liegen, die angetan wären, jene «Konvertierung» zu verhindern. Es ist nicht ausgeschlossen. Es wäre vielleicht prüfenswert, ob nicht Maßnahmen denkbar wären, die den Ueberzahlenden der Gefahr der Kreditsperre über einen gewissen Punkt hinaus aussetzen würden. Wir sagen ausdrücklich prüfenswert, denn einfach liegen die Dinge nicht, weil der Weg nur gangbar ist, wenn man gewillt ist, individuelle Unebenheiten im Interesse der Kollektivität in Kauf zu nehmen. Daß aber irgend etwas geschehen muß, dafür zeugen die sehr hohen Preise, die immer neu für landwirtschaftliche Güter und Güterteile bezahlt werden. Die Untersuchungen der parlamentarischen Kommission, die sich

mit den Bevölkerungsproblemen der Gebirgstäler befaßt, werden hier vielleicht alarmierend wirken. Wenn im Goms pro Jucharte 7000 Fr. bezahlt werden, so rechtfertigt sich ein Superlativ wohl für den ruhigsten Chronisten. *Großzügiges* ist gegen die fortgesetzten Preisüberbietungen noch nicht unternommen worden. Wohl aber scheint uns, daß die Landwirtschaft selber — die theoretisch der Preisübersteigerung entgegentritt — gelegentlich Forderungen aufstellt, die ihre Praxis in Widerspruch zu der Theorie setzen. Immer wieder hört man Klagen wegen der Landflucht. In der Landflucht sehen bedeutende landwirtschaftliche Kreise *das* große Uebel. Aber auch diese Problemkomplexe wären sehr prüfenswert. Vom Standpunkt des landwirtschaftlichen Arbeitsmarktes (Knechteanstellung) aus betrachtet, sind die Klagen über die sogenannte Landflucht zu verstehen. Aber es gibt hier noch eine andere, wahrscheinlich viel wichtigere Seite, die die Landflucht in viel milderem, ja in günstigem Licht erscheinen läßt: Da, wo eine Landflucht nicht oder nur schwach einsetzen kann, weil geographische Verhältnisse die Menschen an die Scholle heften, da ist die Nachfrage nach Boden eine sehr große, da ist eine Kraft automatisch tätig, die den landwirtschaftlichen Nachwuchs in immer größere Zinshörigkeit führt. Hier müßte die Statistik einsetzen. Gelegentliche Beobachtungen auf bernischem Gebiet haben nämlich gezeigt, daß in verkehrsgünstig gelegenen Gebieten die Bodenpreise oft niedriger sind als in verkehrsungünstigen. Dabei sind Nachbarorte verglichen worden, wovon die einen aber bahn- oder industrienah, die andern bahn- oder industrieentfernt (relativ) sind. Eine endgültige Beurteilung der Verhältnisse wird erst möglich sein, wenn statistische Unterlagen da sind. Diese sollten geschaffen werden. Es würde sich dann vermutlich zeigen, daß die Landflucht bisher viel zu einseitig betrachtet wurde, und die Entvölkerung der Gebirgstäler würde ebenfalls unter ganz neuen Gesichtspunkten zu beurteilen sein. Die Ueberprüfung dieser Fragen ist von hoher Bedeutung, namentlich für den Fall, daß sich zeigen sollte, daß soundsoviel Reformenergien der Landwirtschaft selber in falscher Richtung angesetzt worden sind.

Es liegt letzten Endes sicher im Interesse der Landwirtschaft, die nötigen Grundlagen zu einem unvoreingenommenen Studium dieser großen Probleme zu schaffen. Denn irgendwo und irgendwann muß ja die Grenze erreicht werden, die eine weitere Preisüberspitzung nicht mehr zuläßt, *weil auf die Dauer weder Produktpreise noch Zinsfußgestaltung auf die Kaufsumme einstellbar sind*. Wenn der große Zusammenbruch vermieden werden soll, dann müssen jetzt schon die Kautelen geschaffen werden. Geschieht das nicht, dann wird jene Sanierung nach kapitalistischer Methode kaum vermeidbar werden,

die finanzkapitalistische Kreise unter gleichzeitiger Versicherung ihrer Bauernfreundlichkeit gelegentlich schon empfohlen haben. Es würde zu weit führen, im Rahmen dieses Aufsatzes nachzuweisen, wie gefährlich jene Analogieschlüsse sind, die für die Landwirtschaft das empfehlen, was für Kapitalgesellschaften oft günstig erscheint. Der Zusammenbruch von Tausenden von bäuerlichen Existenzen müßte auf die gesamte Wirtschaft äußerst nachteilig einwirken, ganz abgesehen von den gefühlsmäßigen Empfindungen, die den sozial eingestellten Menschen nicht froh werden lassen, wenn es seinesgleichen nicht gut geht. Wie weit die Dinge führen können, wenn gegen die zunehmenden Preisüberspitzungen und die daher steigende Verschuldung keine Barrieren geschaffen werden, das zeigt uns ein kürzlich erschienener Bericht der betriebswirtschaftlichen Abteilung der Preußenkasse, in dem festgestellt wird, daß in den stärkst bedrohten deutschen Landwirtschaftsgebieten die Verschuldung in Einzelfällen bis zu 250 und 300 Prozent des erzielbaren Preises geht. Hier sind also offenbar jene Grenzen erreicht, wo eine weitere Ueberspitzung der Güterpreise nicht nur nicht denkbar ist, sondern wo bereits jener Punkt erreicht wird, da eine *krasse Umkehrung* eintritt. Dabei ist es wohl von untergeordneter Bedeutung, ob die Grenze tragbarer Verschuldung durch Hypothekarüberbelastung oder durch hohe Betriebsverschuldung überschritten wird. Sicher sind ja die deutschen mit schweizerischen Verhältnissen nicht ohne weiteres vergleichbar, aber der Bericht der Preußenkasse zeigt doch, wohin die Reise führt, wenn nicht frühzeitig jene Barrieren gebaut werden, die eine Ueberschuldung der Betriebe verhindern. Was in Preußen mit seinen Großbetrieben schlußendlich vielleicht noch von Nutzen sein mag, weil es zu einer günstigeren Besitzverteilung führen kann, das dürfte bei der gänzlich andern Struktur der schweizerischen Landwirtschaft doch wohl nur Nachteile haben. Wenn wir auch deutsche Verhältnisse mit schweizerischen nicht ohne weiteres vergleichen können, so vermag uns der Bericht der Preußenkasse doch zu zeigen, was zu erwarten ist, wenn den Dingen so weit der Lauf gelassen wird, daß zum Schluß kapitalistische Sanierungsmethoden sich aufdrängen. Hier nur ein Auszug aus jenem Bericht:

«Es sind uns zahlreiche Fälle bekannt, in denen seit Jahren ergebnislose Versteigerungstermine abgehalten werden. Die Personalkreditgläubiger haben kein Interesse an der Leistung von Zwangsversteigerungsvorschüssen, da ihre Forderungen ausfallen. Gestundete Steuern, Zinsen der ersten Hypothek und Verfahrenskosten rücken oft die erste Hypothek so weit hinaus, daß zweitstellige Hypotheken bereits in der Ausfallzone liegen, während alle dahinter stehenden Forderungen ohne Gegenwert bleiben. Es hängt also, wie der Bericht weiter ausführt, vom

Wollen oder noch mehr vom Können der Gläubiger ab, ob die überschuldeten Betriebe weiter vegetieren oder ob zur Liquidation geschritten wird. Die Personalgläubiger versuchen heute vielfach, ihre Forderungen teilweise so zu realisieren, daß sie sich den Verkauf der Ernte und aller sonstigen Erzeugnisse sichern und nur einen Teilbetrag wieder als Betriebsmittel zur Verfügung stellen. So wird bei dem sich alljährlich vergrößern den Betriebsverlust, der durch Neukredit nicht mehr überbrückt wird, eine allmähliche Schrumpfung des Produktionsapparates herbeigeführt. Es werden wenig oder keine künstlichen Düngemittel mehr angewendet. Der Zukauf von Kraftfutter und von Saatgut unterbleibt. Zur Beschaffung von Lohngeldern wird lebendes Inventar veräußert, bis schließlich nur noch minderwertiges und unveräußerbares Inventar vorhanden ist. Dieser Prozeß, der zur völligen Devastierung führt, greift in zahlreichen Betrieben seit Jahren um sich . . . Kahlschlagen von Waldflächen und Inventarschwund, mangelhafte Bestellung und Fehlen der Kunstdüngergaben zur Herbstbestellung sind in den Krisengebieten nicht vereinzelt. Dieser Prozeß unwirtschaftlichen Substanzverzehrs wird im Frühjahr 1929 größeren Umfang annehmen . . .» (Zitiert nach dem Bericht des «Berliner Tageblattes».)

So liegen die Dinge in der Schweiz nicht. Im Gegenteil, sie liegen glücklicherweise eigentlich *noch* umgekehrt. Aber der Bericht zeigt, wohin die kapitalistische Agrarwirtschaft führen kann, und wenn wir ihn anführen, so geschieht es darum, weil er uns zu beweisen scheint, daß die Landwirtschaft selber ein Interesse daran haben muß, die Agrarfrage *von Grund auf* einer neuen Betrachtungsweise zu unterziehen. Irgendwie muß die Verschuldungsgrenze gezogen und das Drehrad stillgelegt werden, das zu immer höhern und höhern Güterpreisen führt. Geschieht es, dann wird der Krise und nicht nur der vereinzelt Notlage gesteuert. Wenn dann die Landwirtschaft noch zur Ueberzeugung gelangt, daß eine gute Kaufkraft der industriellen Arbeiterschaft und der Salärbezüger ihr über die toten Punkte im Absatzmechanismus hinweghelfen kann, dann muß viel gewonnen sein.

Hinter den bis dahin besprochenen grundsätzlichen Fragen treten die ebenfalls wichtigen, aber doch nur sekundären Probleme der landwirtschaftlichen Rationalisierung und der Verschleißreformen zurück. Sie treten namentlich auch deshalb etwas zurück, weil die schweizerische Landwirtschaft in dieser Hinsicht tätig ist. Man macht sich gerade in unsern Reihen oft keinen genügenden Begriff, wieviel Kräfte die Landwirtschaft in bezug auf betriebstechnische und absatzorganisatorische Reorganisation angesetzt hat. Sicher sind uns in absatztechnischer Beziehung gewisse Auslandslandwirtschaften über.

(Interessenten vergleichen vielleicht die Publikation Max Holzkammers, «Die Standardisierungsmaßnahmen der deutschen Landwirtschaft», Wirtschaftsdienst Hamburg, 1928, Heft 50.) Hier wird aber der internationale Zwang schon helfen. Wenn es nicht rascher vorwärts geht, so hängt das übrigens mit dem — hier falsch angewandten — Selbständigkeitssinn des schweizerischen Bauers zusammen. Daraus aber den Schluß zu ziehen, daß die landwirtschaftlichen Fachleute *diese* Probleme nicht sehen, wäre kaum angebracht. So wie der Bauer schwer hat, die aufopfernde Riesenarbeit etwa unserer Gewerkschafter zu verstehen, so verstehen wir vielleicht nicht immer die Mühe, die der landwirtschaftliche Funktionär und Berater mit seinem «Volke» hat. Das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Bauernsame, das Gemeinsame, das auch einem großen Teil ihrer wahren Interessen zugrunde liegt, wird in Zukunft überhaupt eine psychologische Vertiefung des «Klassenstudiums» rechtfertigen. Dazu gehört bäuerlicherseits die Aufgabe tiefergehender Vorurteile. Namentlich wird der Bauer lernen müssen, den Sozialisten als einen Architekten und nicht als einen Zerstörer der Wirtschaft zu betrachten. Umgekehrt werden wir die Ansicht aufzugeben haben, wonach der Bauer ein in sich gekehrter Nur-Individualist ist. Dazu gehört allerdings eine gewisse Toleranz namentlich in bezug auf die religiöse Einstellung der Bauernfamilie, schon deshalb, weil das religiöse Empfinden der bäuerlichen Bevölkerung dasjenige ist, was man soziologisch als die Integration des sozialen Aggregats bezeichnen könnte, die Garantie des Uebergewichts der Gesamtheitsinteressen über das individuelle Wünschen. Der Bauer ist nicht nur Individualist. In der Stille seiner Landschaft bildet sich allerdings sein individuelles Talent, aber im Strome des Geschehens kann nur derjenige seinen sozialen Charakter ganz mißverkennen, der seine Seele nicht kennt. Ich habe Bauern gesehen, die einander das Wasser abgraben und Wege strittig machten, die aber dem feindlichen Nachbar über Bedarf Fleisch abkauften, wenn er im Stall Unglück hatte und daher schlachten mußte. Ich habe auch Bauern gesehen, die dem Nachbar nicht über die Schwelle traten, aber sie haben — damit sie ihm erhalten bliebe — auf des Nachbars Weide die Kuh gestochen, als der unerfahrene Hüterbub die Blähung nicht beachtete. Einzelfälle. Gewiß. Aber sie sagen, daß ein künftiges Sichverstehen, wenn die wirtschaftliche *Entwicklung* zu mehr Gegenseitigkeit *zwingen* wird, nicht so aussichtslos erscheint, wie die Herzoge der wirtschaftsliberalistischen Idee es wahr haben möchten und es wünschen.